

Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)
gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung

zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/11142 –

Für eine starke Batterieforschung in Deutschland

A. Problem

Die Fraktion der CDU/CSU stellt fest, dass unter anderem die Kürzungen der Förderung der Batterieforschung im Januar 2024 erhebliche Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit des Forschungs- und Innovationsstandortes Deutschlands haben. Außerdem würde nicht ausreichend Geld in Ausbildung von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern investiert werden. Dadurch verliere der deutsche Standort an Attraktivität und der Fachkräftepool drohe sukzessive auszutrocknen. Ferner verstärke das die Abhängigkeiten von asiatischen Herstellern und schwäche damit Bestrebungen nach mehr technologischer Souveränität.

B. Lösung

Die Bundesregierung solle unter anderem für Planungs- und Handlungssicherheit in der Forschungs- und Innovationspolitik sorgen. Der nationale wie internationale Reputationsschaden solle durch Gespräche und Verabredungen mit allen Akteuren behoben werden, um die langfristige Bindung von Fachkräften in Deutschland zu sichern. Es sollen keine weiteren Einsparungen im Bereich der Batterieforschung vorgenommen, investive Ausgaben im Haushaltsjahr 2025 ausgebaut und die technologische Souveränität Deutschlands und Europas gestärkt werden.

C. Alternativen

Wurden nicht erörtert.

Bericht der Abgeordneten Oliver Kaczmarek, Thomas Jarzombek, Dr. Anna Christmann, Ria Schröder, Dr. Michael Kaufmann, Nicole Gohlke und Ali Al-Dailami

I. Verlangen eines Berichts

Die Fraktion der CDU/CSU hat gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages einen Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung über den Stand der Beratungen des Antrags auf Drucksache 20/11142 beantragt. Die Voraussetzungen für eine Berichterstattung liegen vor.

II. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/11142** in seiner 166. Sitzung am 25. April 2024 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, den Ausschuss für Digitales und an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

III. Beratungsergebnisse der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss**, der **Wirtschaftsausschuss**, der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union**, der **Ausschuss für Digitales** und der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** haben die Vorlage auf Drucksache 20/11142 bisher nicht beraten.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Am 13. November 2024 hat der Ausschuss durch die Berichterstatter einen ersten Bericht gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung zu dem Antrag auf Drucksache 20/11142 abgegeben.

Die **CDU/CSU-Fraktion** erklärt, das Thema Batteriezellen sei ein riesiger Markt weltweit mit einer jährlichen Wachstumsrate um 30 Prozent und betont ihre Bedeutung für die deutsche Automobilindustrie. Sie kritisiert die Regierungskoalition für die Streichungen des Budgets im Bereich der Batterieforschung und des Umweltbonus für Elektroautos.

Außerdem kritisiert sie die ihrer Meinung nach zu spät erfolgte Terminierung der Anhörung, vor allem, weil diese am 4. Dezember und somit nach der Haushaltswoche sei.

Die **SPD-Fraktion** weist die Kritik an der Terminierung zurück. Am 25. April sei die Angelegenheit im Plenum an den Ausschuss überwiesen worden. Schon am 9. Oktober habe der Ausschuss den Beschluss einer Anhörung gefasst. Am 16. Oktober hätten sich die Obleute im Konsens für eine Anhörung am 4. Dezember verständigt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstreicht, dass kein Dissens in der Bedeutung der Batteriezellforschung für Deutschland bestehe, und teilt die Aussagen der SPD-Fraktion zu dem Verfahren der Terminierung.

Die **FDP-Fraktion** bekräftigt die Bedeutung der Batterieforschung und unterstreicht, dass es hier jedoch um eine Frage der Geschäftsordnung gehe. Außerdem würden die Haushaltsberatungen voraussichtlich verschoben. Da die Batterieforschung im Klima- und Transformationsfondsgesetz angesiedelt sei, liege sie im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.

Die **AfD-Fraktion** stimmt dem Antrag zu und hebt hervor, dass nicht erst die gesamte Wirtschafts-, Energie- und Verkehrspolitik auf die Nutzung von elektrischer Energie ausgerichtet und dann die wichtigsten Komponenten

beschnitten werden können. Der Umgang mit den gigantischen Mengen an Sondermüll aus der Batterieverwendung sei noch dem Antrag hinzuzufügen.

Die **Gruppe Die Linke** teilt die Kritik der CDU/CSU-Fraktion an dem Verfahren und erklärt, dass es im Ausschuss zurzeit keine Ausschussplanung gebe und Aufsatzbitten und Debattenbedarfe mit vorgeschobenen Gründen abgelehnt oder ignoriert worden wären.

Die **Gruppe BSW** schließe sich der Mehrheit an und sprechen sich für eine Anhörung am 4. Dezember aus. Außerdem stimmen sie den Aussagen der SPD-Fraktion zum Verfahren der Terminierung zu.

Berlin, den 13. November 2024

Oliver Kaczmarek
Berichterstatter

Thomas Jarzombek
Berichterstatter

Dr. Anna Christmann
Berichterstatterin

Ria Schröder
Berichterstatterin

Dr. Michael Kaufmann
Berichterstatter

Nicole Gohlke
Berichterstatterin

Ali Al-Dailami
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt